

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegebül.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Grachtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40 A.
Bergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Ehrenpflicht der Kollegen ist es, den Bezug nach Berlin streng fernzuhalten, weil unsere Kollegen dort ausgesperrt sind.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bzw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Barth. (Telegr.) Die Pfaffawaren-, Bürsten- und Pinselabrik ist für Verbandskollegen gesperrt.

Elmhorn. (Telegr.) Achtung, Bürstenmacher! Wegen Maßregelung ist Bezug fernzuhalten.

- Bezug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Halle a. d. S., Treuenbriege (Otto Böge und Kropnick), Frankenthal (Hölscher), Wien, Döbernhau (Paul und Gustav Reuther), Altona (Marcus & Frank), Bremen, Wittenberge (B. Neumann), Leisnig (Zeuner & Marx), Briesg (Stoth);
- Kameratentischlern nach Heilbronn-Sonthheim;
- Stellmachern und Tischlern nach Dessau (Waggonfabrik);
- Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Barth a. d. Ostsee, Adlershof (Zug);
- Tischlern und Maschinenarbeitern nach Epenick (Gebr. Krüger & Co.), Altenessen (Industrie für Holzverwertung), Frankfurt a. d. O.;
- Tischlern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Ludenwalde, Pasing (Leistenfabrik), Frankfurt am Main (Dr. Krügener);
- Modelltischlern nach Düsseldorf (Habersang & Binsen);
- Frankenthal (Kühne, Kopp & Kausch);
- Richtentischlern nach Mügeln (Ristenfabrik Waldauf);
- Politurarbeitern nach Amberg (Sporn & Deimer);
- Korbmachern nach Werseburg (Sontag), Bogstedt (Kairath), Stubben (Zieger), Selbst (Schreiber, Wilsch, Ullermann), Dresden-N. (Müller, Hechtstraße), Bernburg (Calm & Hilsfeld), Altona (Schütte);
- Sarmoniumarbeitern nach Leipzig-Kleinwachser (Hofberg);
- Musikinstrumentenarbeitern nach Berlin, Biegnitz (Freytag), Eisenberg, Ebersfeld (Bach & Sohn);
- Stuhlbauern und Polierern nach Leisnig (Zeuner & Marx);
- Billardqueuemachern nach Weikensee bei Berlin;
- Stocharbeitern nach Drüffel (Meuler).

Der Tischlertag in Braunschweig.

(Schluß zu dem Artikel in Nr. 42.)

Ueber das Submissionswesen redete Herr Franken-Erfeld. In der Hauptsache empfahl er den Handwerkerkammern und Innungen zur Nachachtung eine Denkschrift, die von seiten des Erfelder Innungsausschusses zwecks Abstellung der Mißstände im Submissionswesen an die staatlichen und städtischen Behörden gerichtet worden ist. Das Problem des Submissionswesens ist nun aber keineswegs so leicht zu lösen, wie Herr Franken und mit ihm die Innungsmeister sich das vorstellen. Es dürfte kaum genügen, daß man Submissionsordnungen anarbeitet, die Fristen zu den Submissionsterminen verlängert, die Zeichnungen und Beschreibungen über in Submission zu vergebenden Arbeiten verbessert, den Handwerkern die Stellung von Kauttionen erläßt oder sie auf ein Minimum ermäßigt, die Garantiezeit auf ein Jahr verkürzt usw., um die Mißstände im Submissionswesen zu beheben. Das sind Vorschläge, die durchaus an der Oberfläche haften bleiben, die das Uebel an der Wurzel gar nicht anfassen. Im Gegenteil, was die letzteren Vorschläge anbetrifft, so laufen sie nur auf eine Begünstigung und Kultivierung

der Mißstände im Submissionswesen hinaus, die man angeblich treffen oder gar beseitigen wollte. Unseres Erachtens haben die Behörden denn auch gar keine Veranlassung, die Garantiezeit zu beschränken oder auf Stellung von Kauttion durch den Submittenten zu verzichten. Sie würden sonst ja auf ihr wichtigstes Mittel verzichten, das ihnen heute noch zur Verfügung steht gegen faule oder gar betrügerische Submittenten.

Auch die übrigen Vorschläge die gemacht wurden zwecks Unterstützung gerade des Handwerkers bei Submissionen, sind kaum diskutabel. Beispielsweise kann es gar nicht angehen, den Handwerkern zu Liebe die Lieferfristen zu verlängern. Das heißt doch das Pferd beim Schwanz anzäumen. Die Behörden haben keinerlei Veranlassung, ihre Lieferfristen zu ändern, die ja meist in Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Lieferanten festgesetzt werden, wohl aber läge es für die Handwerker sehr nahe, ihre Betriebsweise etwas zu vervollkommen, wollen sie bei öffentlichen Lieferungen in Konkurrenz treten. Hier wäre es Aufgabe der Innung, einzugreifen, und nur ein solches Eingreifen hätte einen Sinn. Es läge für die Innungen auch sehr nahe, einmal aufzuräumen mit der Schmutzkonkurrenz in ihren eigenen Reihen, näher läge das, als das ewige Geschrei um Unterstützung der Handwerker durch die Behörden. Denn was nützt dem Handwert die tatkräftigste Hilfe der Behörden, wenn gerade einzelne Innungsmeister die tollsten Preisunterbietungen treiben. Nach dieser Richtung hin versagen die Innungen aber ganz. Auch der Tischlertag beschränkte sich darauf, zu fordern, daß, da Tischlereibetriebe ziemlich hohe Geschäftsunkosten haben, die Submissionsergebnisse meistens sehr voneinander abweichende, oft sogar solche sind, daß die Arbeiten ordnungsmäßig nur verlustbringend ausgeführt werden können, alle angeschlossenen Innungen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Berechnungen der Geschäftsunkosten ausarbeiten und den Mitgliedern, den Verwaltungen und der Kundschaft zukommen lassen sollen.

Im übrigen, was nützen alle die schönen Vorschläge des Tischlertages, die dem Uebel des Submissionswesens doch nur an der Oberfläche zu Leibe gehen! Die „Mißstände“ des Submissionswesens lassen sich eben nur mit dem Submissionswesen selbst beseitigen, eine Beseitigung des letzteren würde aber eine grundlegende Aenderung der Produktionsweise bedingen. Und so lange man unsere gottgewollte kapitalistische Ordnung nicht antastet, kann man auch nicht daran denken, den Uebeln dieses Systems, in diesem Falle des Submissionswesens, ernstlich zu Leibe zu rücken. So sind auch die Vorschläge, die Herr Franken seinen Innungsbrüdern in Braunschweig vorlegte, nichts weiter, wie „Fehern, die an der Oberfläche treiben“.

Bezeichnend für die Anschauungen, die in Innungstreffen herrschen, ist eine Resolution, die bei diesem Punkt der Tagesordnung einstimmig zur Annahme kam, und die nichts anderes will, als die Holzhändler für die Innungen tributpflichtig zu machen. Sie lautet:

„In Anbetracht daß in fast allen Städten die Holzhändler ihre Hölzer an Private zu den gleichen Preisen, sogar oft noch billiger verlaufen, als an die Tischler, beschließt der 21. Deutsche Tischlertag, die angeschlossenen Innungen sollen überall bei den Holzhändlern vorstellig werden, daß den Tischlern den Privaten gegenüber Vorzugspreise von mindestens 10 pSt. eingeräumt werden müssen, wie solches in allen anderen Branchen schon stets Brauch ist.“

Also den Tischlern, ausgerechnet den Tischlern, soll von Holzhändlern ein Rabatt von 10 pSt. garantiert wer-

den. Etwa wegen der außergewöhnlich großartigen Ausmaß im Zahlen, die bei den Innungsmeistern dieses Berufs anzutreffen ist, oder weshalb? Man weiß nicht, soll man sich wundern über die Dummheit oder die edle Dreistigkeit, welche die Herren Innungsmeister mit einem solchen Beschluß bekunden.

Herr Fobbe-Cöln, das ehemalige Mitglied des Ausschusses des Tischlerverbandes, referierte über „die Notwendigkeit der Errichtung einer Kammer für Handwerksllagen“, wie solche schon seit langem für Handelsfächer bestehen. Herr Barock-Werlin sprach über „die Notwendigkeit der Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb“. Von größerem Interesse für uns ist Punkt 11 der Tagesordnung: „Die Aenderung der §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung“. Dazu sprachen Schwente-Eilenburg und Kochendörffer-Cassel. Im wesentlichen wünschten die Redner: Schutz der Arbeitgeber gegen frivole Schädigungen durch Arbeitsnennungen und Betriebsperren seitens der Arbeiter-Organisationen. Schutz der Arbeitswilligen, Verpflichtung der Berufsvereine und Verbände zum Ersatz des Schadens, welcher bei Gelegenheit oder aus Anlaß von Ausständen und Sperrern durch ihre Beamten, Beauftragten und Mitglieder bezw. durch von ihnen gestellte Streikposten verursacht worden ist. Verbot des Streikpostenstehens. Bestrafung des Kontraktbruchs. Das sind natürlich nur die vorläufigen Wünsche der renitenten Gesellen. Wenn diese durch die Gesetzgebung erfüllt sind, werden die Herren Innungsmeister schon mit weiteren Forderungen gegen die organisierte Arbeiterschaft hervortreten! Es soll und muß gelingen, den Arbeiterorganisationen den Garaus zu machen! Allerdings, wenn es vom guten Willen der Innungsmeister abhinge, kann wären wir lange schon zum Tode verurteilt worden! Aber, aber . . .

Die Diskussion bewegte sich ganz im Rahmen der Kochendörffer'schen Ausführungen. Herr Sebastian-Steiglich empfahl gegen die Uebergriffe der Arbeiter den Arbeitgeberverband, und Herr Fobbe-Cöln, der ja zu allem seinen Senf geben muß, wartete mit einigen Räubergeschichten aus Cöln auf, die die Innungsstraiter vor den Arbeiterorganisationen grauelig machen sollten. Es wäre ja auch gar zu viel verlangt von Herrn Fobbe, wenn er anders handeln sollte, wie Henegaten sonst zu tun pflegen: wenn er darauf verzichten sollte, die Arbeiterorganisationen, denen er früher selbst angehörte, im Brustton der Ueberzeugung in Grund und Boden hinein zu verurteilen. Nein, nein! Was Herr Fobbe tut, das tut er ganz! Ist er bei den Arbeitern, so ist er der lautesten einer im Kampfe gegen die Unternehmer, ist er bei den Unternehmern, so geht es mit Herz und Hand und — Mund gegen die Arbeiter. Immer drauf, immer feste weg! Und wäre es nur, um etwaiges Mißtrauen über seine frühere Tätigkeit in der Arbeiterorganisation zu erstickten.

Die pièce de résistance, der wichtigste Punkt der Tagesordnung, war wohl das Referat des Herrn Rahardt über die Gründung einer Mittelstandspartei. Redner führte aus, daß es bislang eine Torheit gewesen sei, daß der Handwerker statt seinesgleichen in die parlamentarischen Körperschaften zu wählen, bisher immer den gesamten politischen Parteien Gefolgschaft geleistet habe, und erörterte dann die Frage, ob es möglich sei, den Handwerkerstand für die Wahlen zu organisieren, und gelangte zu dem Schlusse, daß der Handwerkerstand innerhalb weniger Jahre eine Macht bilden könne von einer halben Million Wählern. Um eine Unterstützung von seiten der übrigen Parteien zu

erlangen müsse mit diesen ein Abkommen getroffen werden, wonach den Handwerklern bestimmte Wahlkreise eingeräumt würden. Hedner entwickelte dann zum Schlusse das Programm der von ihm erstrebten Mittelstandspartei, dessen wichtigster Punkt der sei: „Es darf nur der Lehren, der selber gelernt hat.“ Reichstagsabgeordneter Pauli-Potsdam steht der Bildung einer Mittelstandspartei zwar günstig gegenüber, beschränkt aber, daß vielfach das politische Interesse über dasjenige der Handwerker gestellt werden könnte. Fobbe-Cöln führte aus, daß die Zentrumspartei nicht die Interessen des Handwerks in der wünschenswerten Weise vertrete und tadelt es scharf, daß sie seinerzeit das Ihrige dazu beigetragen habe, die sogenannte Buchdruckervorlage zu Falle zu bringen. Er trat dann warm für die Gründung einer Mittelstandspartei ein und empfahl, zu diesem Zwecke eine genügend große Opferwilligkeit zu entfalten. Sebastaan-Berlin pflichtet den Ausführungen seines Vorredners bei und bittet, überall für die Gründung einer Mittelstandspartei zu wirken. Schöning-Berlin tritt ebenfalls warm für eine solche Partei ein und hofft, daß deren Gründung auf dem Handwerklertage in Magdeburg zu Stande kommen möchte. Richter-Berlin fordert die Teilnehmer auf, überall die Initiative für diese Partei zu erregen und statt der unruhigen Parteipolitik lieber Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, durch welche vom Handwerklertage in Magdeburg die Bildung einer Mittelstandspartei gefordert wird. Der Handwerklertag ist diesem Verlangen denn auch nachgekommen: die Mittelstandspartei, mit der Innungsstrauer schon halb ein ganzes Menschenalter schwanger gehen, ist in Magdeburg gegründet worden. Wir bezweifeln aber, daß dieser Partei ein langes und rühmliches Leben beschieden ist. Denn die paar Innungsstrauer, die hinter ihr stehen, sind wahrlich nicht die Männer, um ihre Sache zum Erfolg zu führen. Mit Winseln und Schimpfen und Greinen ist es im politischen Kampfe nicht getan, da sind ganze Männer notwendig zum Erfolg.

Betrachten wir uns nur einmal die Tischlerinnungsbewegung, die ja im Mittelpunkt der neuen Mittelstandsparteibewegung steht, in ihrer numerischen Stärke und Leistungsfähigkeit etwas näher. Wir haben des öfteren schon darauf hingewiesen, daß es damit twindig bestellt ist. Was soll es denn beispielsweise heißen, wenn Herr Schöning mit den 10 000 im Bunde deutscher Tischlerinnungen organisierten Tischlermeistern prahlt, während über eine Jahreseinnahme von rund M 1700 berichtet wird. Das kann doch nur heißen, daß die 10 000 Tischlermeister nur in der Phantasie des Herrn Schöning existieren, oder aber, daß sie recht faule Beitragszahler sind. Das sind aber schlechte Voraussetzungen für die neue Mittelstandspartei.

Das in der Hauptsache die Verhandlungen des Tischlertages. Ueber die Verhandlungen der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen ist leider nicht berichtet worden. Die Pöbeleien des Herrn Schöning gegen die Pressevertreter machten letzteren eine Berichterstattung unmöglich, und die Unternehmerpresse hat auch nicht berichtet. So gewinnt es den Anschein, als sei das provokatorische Auftreten des Herrn Schöning nicht ganz unbeabsichtigt gewesen, als habe der Herr vielmehr ausdrücklich den Zweck verfolgt, die Herren Pressevertreter hinauszugraulen, als er sie anpöbelte. Wie gesagt, man muß zu der Annahme kommen, nachdem sich auch die „Fachszeitung“ über die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes ausschweigt.

Um so ausführlicher hat die „Fachszeitung“ über die Festlichkeiten während des Tischlertages in Braunschweig und aus Unlaf desselben berichtet. Diese Berichte sind übrigens Zeugnisse der Leistungsfähigkeit der Raßardtleute im Festfeiern. Man höre: zwei Tage hat der Tischlertag gelagert, und dafür gab es: eine Vorfeier, darauf am ersten Tage ein Wummel durch die Stadt, Nachmittags ein Festmahl, das sich bis in die späte Nacht ausdehnte; am zweiten Tag Morgens wieder ein Wummel, darauf wurde eine Konservenfabrik „besucht“, Nachmittags unternahmen die Tischlermeister eine Wagenfahrt durch die Stadt nach dem Stadtpark, wo ein von der Braunschweiger Tischlerinnung veranstaltetes Familienfest stattfand; am anderen Tage gab es auf Einladung der Braunschweiger Tischlerinnung ein Katerfrühstück im Wildchause.

Das ist doch alles, was man verlangen kann, und wir verstehen es nach solchen Leistungen, wenn die Raßardtleute mit einem gewissen Stolz auf die Braunschweiger Tagung hinken.

Arbeitskammern oder Arbeiterkammern.

Diese Frage, die in sozialpolitischen Kreisen, auch von der Arbeiterchaft, noch immer rege diskutiert wird, bildete auch das erste Hauptthema der vom 13. bis 16. Oktober in Mainz abgehaltenen Zweiten Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform. Unser großes Interesse für diese Frage veranlaßt uns, auch von dieser Verhandlung ausführlicher zu berichten. Referent waren der Tübinger Privatdozent Dr. H. Garmis, auf

dessen Buch („Deutsche Arbeitskammern“, Tübingen 1904) wir kürzlich schon hingewiesen haben, und der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichts, Magistratsrat M. v. Schulz.

Referent Dr. Garmis betonte einleitend die Notwendigkeit des weiteren Ausbaues des Instituts der wirtschaftlichen Interessenvertretungen. Je mehr die wirtschaftliche Sicherstellung der Volksangehörigen an Bedeutung gewinnt und je schwieriger sie sich durchzuführen läßt, desto notwendiger wird die Wirtschaftspolitik. Wirklich rationell läßt sich letztere aber nur dann gestalten, wenn den Interessenten selbst Gelegenheit gegeben wird, an der Wahrnehmung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen mitzuwirken. In den bisherigen Interessenvertretungen können die spezifischen Arbeiterinteressen nicht genügend berücksichtigt werden. Es ist deshalb aus Gründen der Gerechtigkeit zu fordern, daß den Arbeitern, als gleichberechtigten Staatsbürgern, eine besondere Interessenvertretung, nicht länger vorzuziehen werde. Denselben müßten neben der Vertretung reiner Arbeiterinteressen auch jene Aufgaben übertragen werden, die sich aus dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ableiten. Es ist deshalb zweckmäßig, nicht Arbeiterkammern, sondern Arbeitskammern zu errichten. Ein gemeinsames Arbeiten von Unternehmern und Arbeitern an den sich aus dem gegenseitigen Verhältnis ableitenden Aufgaben, unter denen an erster Stelle die Herbeiführung von Tarifgemeinschaften steht, ist grundsätzlich durchaus möglich. Die Angliederung der Arbeitskammern an die Gewerbegerichte empfiehlt sich nicht, da im Interesse unserer Rechtsprechung die richterliche Funktion von der wirtschaftspolitischen streng getrennt werden sollte. Aus diesem Grunde ist auch zu fordern, daß alle zurzeit bestehenden außergerichtlichen Befugnisse — wie Gerichtsbarkeit und Vermittlung von Interessensstreitigkeiten — den Gewerbegerichten genommen werden, so daß ihnen in Zukunft lediglich die Entscheidung von gewerblichen Rechtsstreitigkeiten obliegt. Um indes neue Wahlen zu vermeiden, ist es zweckmäßig, das Gesetz über die Gewerbegerichte dahin abzuändern, daß die Weisiger der Gewerbegerichte den männlichen Mitgliedern der Arbeitskammern zu entnehmen sind. Für die Organisation der selbständigen Arbeitskammern empfiehlt Referent folgende Grundlage:

1. Die Arbeitskammern werden nur für die Industrie gebildet.

2. In allen Industriegegenden werden Bezirke abgegrenzt, für welche eine Arbeitskammer zu errichten ist. Jede Kammer besteht aus so vielen Abteilungen, als Gruppen von Gewerben vorhanden sind. Die Mitglieder der einzelnen Abteilungen bilden die eigentliche Kammer.

Die Abteilung besteht aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitnehmern. Die Mitgliederzahl der Kammer soll 40 nicht übersteigen.

Aktives und passives Wahlrecht zu den Abteilungen haben alle Unternehmer und Arbeiter, welche in einem gewerblichen Betriebe tätig sind, der mehr als zehn Arbeiter beschäftigt. Außerdem ist für das aktive Wahlrecht ein Lebensalter von 25 Jahren, für das passive ein solches von 50 Jahren erforderlich. Das aktive und passive Wahlrecht (mindestens das aktive) ist auch den Frauen einzuräumen. Die Wahl selbst geschieht auf Grund des Proportionalstems. Die Einzelheiten der Wahl sind gesetzlich festzulegen.

Den Vorsitz in der Abteilung übernimmt abwechselnd — je für ein halbes Jahr — ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Vorsitz der Kammer ist einem höheren Beamten derjenigen Gemeinde zu übertragen, in welcher die Kammer ihren Sitz hat.

3. Alle Arbeitskammern eines Landes ressortieren einem für jeden Bundesstaat zu errichtenden Landesarbeitsamt. Vorsitzender und Angestellte dieses Amtes sind Staatsbeamte.

4. Als Spitze der Gesamtorganisation wird ein dem Staatssekretär des Innern zu unterstellendes Reichsarbeitsamt gebildet, dessen Beamten Reichsbeamter sind.

5. Die Kosten der Organisation trägt das Reich. Die Kammerlokalitäten sind von den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Um den Arbeitskammern eine erspriessliche Wirkksamkeit zu sichern, befürwortete der Referent die gesetzliche Festlegung des Sitzungszwanges und des Verhandlungszwanges.

Im Gegensatz zu dem Referenten vertrat der Vorreferent von Schulz den Standpunkt, daß die Arbeitskammern den Gewerbegerichten anzugliedern sind und daß die Einigungsämter bei den Gewerbegerichten als solche zu verbleiben haben. Sollten die Arbeitskammern einen ständigen Nutzen bringen, so ist freilich vor allem die Gewährung eines wirklichen Koalitionsrechts in Deutschland erforderlich, wie dies verschiedentlich vom Berliner Gewerbegerichtsamt betont ist. Durch die Gewerbegerichte soll schleunige Rechtspflege und ein Organ zur schleunigen Beilegung von Interessensstreitigkeiten geschaffen werden. Es würde sich empfehlen, daß der Ausschuss des Gewerbegerichts zur Arbeitskammer ausgestaltet wird, die Mitglieder der Gewerbegerichte hätten dann die erforderlichen Kammermitglieder zu wählen. Die Arbeitskammer hat ein Statut zu entwerfen, das alle Einzelheiten ihres Geschäftsganges enthalten muß und von der Aufsichtsinstanz des Gewerbegerichts zu genehmigen ist. Durch Gesetz ist festzulegen, daß alle Schattierungen der Arbeitgeber- und Arbeitgeberverbände durch Mitglieder in der Kammer vertreten sein müssen und daß die Führer der Beamten der Arbeiterberufvereine zu Mitgliedern der Kammer wählbar sind. Das ist nötig, wenn man sich die Erfahrungen der Arbeiterführer und Arbeiterbeamten zu nütze machen will. Endlich befürwortete Hedner, beim Reichsarbeitsamt eine Abteilung als Reichsgewerbegericht einzurichten als Berufungsinstanz für Entscheidungen der Gewerbegerichte und Innungsschiedsgerichte an Stelle der bisherigen Instanzen.

In der Diskussion ergriff zunächst der Sekretär der Kölner Handelskammer, Professor Wirminghaus, das Wort. Hedner erklärte, den reinen Arbeiterkammern den Vorzug vor der gemeinsamen Organisation von Arbeitern und Unternehmern zu geben und sprach sich für die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an Frauen sowie für die Einführung des Proportionalwahlsystems aus. In paritätischen Kammern würden die Arbeiter mit den ihren eigenen Kreisen bestehenden Meinungs-

verschiedenheiten zuruckhalten, um den Unternehmern gegenüber als geschlossene Masse zu erscheinen; die Gutachten würden infolgedessen kein objektives Bild geben.

Ingenieur Bernhard-Berlin betonte, daß die im Ausschuss des Berliner Gewerbegerichts tätigen sozialdemokratischen Arbeiter sich für Arbeitskammern ausgesprochen haben; von Arbeiterkammern sei seines Wissens nach in den Kreisen der organisierten Arbeiter nicht mehr die Rede. (Der Herr scheint über die Anschauungen der Arbeiter schlecht unterrichtet zu sein. Red.) Die Lösung der zur Debatte stehenden Frage sei nicht schwer; es genüge, durch eine Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz den Ausschüssen die Vollmachten zu geben, die im Interesse des sozialen Friedens nötig sind.

Rechtsanwalt Rohm-Darmstadt befürwortete energisch die Einrichtung von Arbeiterkammern. Wie andere Berufe, so müßten auch die Arbeiter endlich eine Vertretung ihrer Interessen erhalten. Große Kreise von Arbeitern, z. B. die preussischen Staatsarbeiter und die Landarbeiter, hätten heute noch kein Koalitionsrecht.

Auch Arbeitersekretär Sauer-Cöln, ein Hirsch-Dunderscher, trat für Arbeitskammern ein. In Arbeitskammern werde die richtige Einmischung der Arbeiter doch nicht zur Geltung kommen. Der größte Teil der Arbeiter stehe auf diesem Standpunkte. Allerdings habe er zu dem Reichstag in seiner jetzigen Zusammensetzung kein großes Vertrauen. Man möge dem Arbeiter geben, was ihm gebührt, und das seien reine Arbeiterkammern.

Reichstagsabgeordneter Dr. H. He ist früher für reine Arbeiterkammern gewesen, hat aber später den entgegen gesetzten Standpunkt vertreten. Neben den Interessensgemeinschaften gebe es doch viele Interessengemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern, sie müßten also Gelegenheit haben, sich menschlich näher zu treten und sich auszusprechen, und diese Gelegenheit sei ihnen in den Arbeitskammern gegeben. In bezug auf die Organisation empfehle die sich aus Zweckmäßigkeitsgründen die Angliederung an die Gewerbegerichte. Das Ideale seien ja besondere Arbeitskammern, aber bei der in Regierungskreisen herrschenden Stimmung, bei dem Widerwillen weiter Kreise gegen das „ewige Wählers“ werde man das Ideal nicht erreichen, sondern es werde veranlaßt zu einem Ausbau der Gewerbegerichte kommen. Er hoffe, daß in der nächsten Session des Reichstages die Frage endlich in Angriff genommen wird.

Arbeitersekretär Behrens-Berlin, Vertreter der christlichen Gewerkschaften, sprach sich im wesentlichen im Sinne des Vorredners aus, betonte jedoch nachdrücklich, daß die Frage der Arbeitskammern solange nicht spruchreif sei, wie die Arbeiter kein freies Koalitionsrecht und die Arbeiterberufvereine keine Rechtsfähigkeit hätten. Da gegen befürwortete der Vertreter des reinlich-wirtschaftlichen Ausbreitungsverbandes der deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunderscher Richtung), Erkelens-Düsseldorf, die Bildung von Arbeiterkammern. Es gebe zahllose Fragen, zu denen die Arbeiter Stellung nehmen müßten. Das sei aber nur dann möglich, wenn sie in der Lage wären, allein ohne die Unternehmer ihr Votum abzugeben. Wenn nicht alles täusche, so habe diejenige Richtung in der Sozialdemokratie, die gegen paritätische Einrichtungen sei, das Liebergewicht. Im übrigen bitte er, an die Regelung der Frage nicht von dem Gesichtspunkt der Bekämpfung der Sozialdemokratie heranzutreten, sondern von dem höheren Gesichtspunkt, daß es gilt, den Arbeitern eine Vertretung ihrer Interessen zu schaffen. Erwägenswert wäre auch, ob man nicht die Gewerbe-Inspektion in irgend einer Form an die Arbeitskammern angliedern könne; dann würde der Gewerbe-Inspektor jedenfalls eher als heute der Vertrauensmann der Arbeiter werden.

Arbeitersekretär Giesberts (Vertreter der christlichen Gewerkschaften) tritt für Arbeitskammern ein, in denen er den Ausbruch gegenseitiger Achtung und Anerkennung von Arbeitern und Unternehmern erblickt. Auch die Arbeiterführer Schläp-Cöln und Schiffer-Cresfeld erklärten sich für Arbeitskammern. Damit war die Debatte erschöpft. In jenem Schlusswort wachte Dr. Garmis noch vor reinen Arbeiterkammern, die leicht zu Kampfsorganisationen (!) werden und, statt dem sozialen Frieden zu dienen, das Gegenteil bewirken könnten. Entsprechend der Gepflogenheit der Gesellschaft wurde von der Fassung einer Resolution Abstand genommen.

Zur Beurteilung der Stellungnahme einiger Hedner auf dieser Tagung zur Frage der Arbeiterkammern ist von Interesse eine Debatte, die kurz vorher über dieselbe Frage in der Kölner Ortsgruppe der Gesellschaft für soziale Reform geführt wurde. Professor Dr. Wirminghaus, der Syndikus der Kölner Handelskammer, referierte. Er sprach sich in seinem Vortrage für reine Arbeiterkammern aus. Er behauptete, daß bis heute Fragen der Arbeiterschutzesgebung statt von Arbeiterkammern, begutachtet wurden von Handels- und von Handwerkskammern, weil eben keine derartigen Institute der Arbeiter beständen. Es handle sich bei den geforderten Arbeiterkammern nicht um eine Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern um die Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Er halte die Einteilung nach Regierungsbezirken für zweckmäßig. Das Wahlrecht solle mit 25 Jahren beginnen. Den Arbeiterinnen müsse man das aktive Wahlrecht (Stimmrecht) einräumen. Der Hedner ist auch nicht abgeneigt, ihnen das passive Wahlrecht (Wählbarkeit) zu gewähren. — In der Diskussion erklärte sich der christliche Arbeitersekretär Schläp-Cöln „persönlich“ für reine Arbeiterkammern, weil sie den Arbeitern den meisten Schutz gewährten; nach echter Zentrumsmethoden will er aber, um wenigstens etwas zu erreichen, mit gemischten Kammern, also solchen, in denen auch die Unternehmer sitzen, zufrieden sein. Ebenso ist Herr Schläp gegen die Wählbarkeit der Arbeiterinnen. — Herr Dr. Auerbach antwortete dem Arbeitersekretär, — sei kein Mannesmut, gleich den Kampf aufzugeben und gleich mit weniger zufrieden zu sein, als man selbst für nötig anerkenne. — Herr Erkes fordert

daß in einer Resolution ausdrücklich gesagt werde, daß die Delegierten zu der in Mainz stattfindenden Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform sowohl für das Stimmrecht als auch für die Wählbarkeit der Frauen eintreten. Als Delegierte wurden gewählt Professor Birmingham, Arbeitersekretär Schlad und Metallarbeiter Sauer. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die Ortsgruppe Köln der Gesellschaft für soziale Reform begrüßt die Fuzage des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern vom 30. Januar 1904, wonach die verbündeten Regierungen bereit sind, mit dem Ausbau der Arbeitervertretungen im Sinne der kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 fortzufahren. Sie erblickt in der Schaffung der Arbeiterkammern das erstrebenswerte Ziel dieses Ausbaues. Hierbei ist aus rechtlichen und Zweckmäßigkeitsgründen den reinen Arbeiterkammern vor der gemeinsamen Organisation mit den Arbeitgebern der Vorzug zu geben. Ohne im übrigen schon jetzt bestimmte Wünsche im einzelnen hinsichtlich der Organisation der Arbeiterkammern geltend zu machen, hält die Ortsgruppe Köln es für geboten, auch der Frau das aktive und passive Wahlrecht zu gewähren und nach Analogie der bezüglichen Bestimmungen des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte durch Einführung der Verhältniswahl auch der Minderheit eine entsprechende Vertretung zu sichern.“

Hier kann man also das Schauspiel erleben, daß einem Arbeiterführer in einer Arbeitersache von bürgerlichen Leuten Mut eingeredet werden muß, und daß eine in ihrer Wehrhaftigkeit aus bürgerlichen Elementen zusammengesetzte Versammlung in ihren Forderungen zu Gunsten der Arbeiter viel weiter geht als ein christlicher Arbeitersekretär. Herr Schlad ist ein gelehriger Schüler seiner Partei, des Centrums.

Die Aussperrung in Berlin!

r. L. In der letzten Nummer unserer Zeitung berichteten wir, daß am 29. Oktober 738 ausgesperrte Mitglieder vorhanden waren. Da der Verein der Ladenauslieferungsfabrikanten und der Bautischlermeisterverein ebenfalls beschloffen hatten, auszusperrten, so war anzunehmen, daß in der ersten Novemberwoche eine bedeutende Zahl Kollegen hinzukommen werden. Ferner beschloß ja auch die „freie Vereinigung der Holzindustriellen“, von ihren Mitgliedern bis zum 1. November den Nachweis zu fordern, daß sie 50 pSt. der Arbeiter ausgesperrt haben. Von 669 Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ hatten aber kaum 160 an der Aussperrung teilgenommen. Wollten nun die übrigen 420 Mitglieder den Nachweis bringen, daß sie 50 pSt. der Arbeiter ausgesperrt haben, so hätten sie vorher schnell noch die Hälfte der Gesellen auszusperrn müssen. Es würden somit mindestens 3000 Arbeiter in dieser Woche zu den Aussperrten hinzugekommen sein. Nach den bekannt gewordenen Beschlüssen der Unternehmerorganisationen war also zu befürchten, daß in der ersten Woche des November viele Tausende von Arbeitern entlassen werden.

Es meldeten sich nun in der Zeit von Montag, den 31. Oktober, bis Sonnabend, den 5. November, 122 Mitglieder neu als ausgesperrt, so daß also mit den 738 vom vorigen Sonnabend 860 Aussperrte zu verzeichnen waren. Es sind aber von den Aussperrten im Laufe der Woche 58 in Arbeit getreten; es bleiben somit am Sonnabend, den 5. November, 804 ausgesperrte Verbandsmitglieder übrig. Unter diesen befinden sich auch die ausgesperrten Arbeiter der Ladenauslieferung und der Küchenmöbelbranche. Zu den bisher 136 aussperrenden Betrieben kamen 10 neue hinzu. Es haben also nach den beim Verband eingegangenen Meldungen 146 Meister ausgesperrt. Da viele der ausgesperrten Gesellen bereits wieder in Arbeit getreten sind, ergibt sich nach den Listen des Verbandes, daß nur noch Aussperrte aus 116 Betrieben vorhanden sind.

Zu den streikenden Tischlern sind im Laufe der ersten Novemberwoche 58 hinzugekommen. Aber auch von den Streikenden haben täglich mehrere anderweitig Arbeit gefunden. Die Zahl der streikenden Tischler, die dem Holzarbeiterverbande angehören, betrug am Sonnabend, den 5. November, 1033; mit den Aussperrten befinden sich 1837 Mitglieder im Kampfe. Vom Fachverein der Tischler sind 91 Mitglieder, vom Wildhauerverband 46, vom Verband der Möbelpolierer 270, vom Verband der Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter 140, vom Gewerksverein 60 und vom Christlichen Holzarbeiterverband 20 Mitglieder zu unterstützen, die teils ausgesperrt sind, teils streiken.

Am 1. November beschloffen die Tischlermeister in Weissensee, nachdem Mahardt, Platen, Kaiser und Friedrich über die Aussperrung berichtet hatten, vom 2. November ab ebenfalls 50 pSt. der Lohnarbeiter sofort, und Akkordarbeiter nach Fertigstellung ihrer Arbeiten zu entlassen, sowie neue Arbeiter nicht mehr einzustellen. Von den nicht anwesenden Meistern soll eine dazu gewählte Kommission die Unterschrift unter den Aussperrungsbeschlüssen einholen. Die drei Vorstandsmitglieder des Arbeiterschutzbundes, Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer sperrten jeder im Laufe der Woche mehrere Arbeiter aus, die aber in der oben mitgeteilten Zahl nicht einbegriffen sind.

Die Unternehmer der Küchenmöbelbranche hatten am 2. November eine Versammlung, in der nach Feststellung durch Verlesen der Präsenzliste zwei Drittel aller in Berlin und den Vororten in Betracht kommenden Firmeninhaber anwesend waren. Nicht einer stimmte gegen die Aussperrung. Alle verpflichteten sich durch Unterschrift, bis zum 9. November 50 pSt. der Arbeiter auszusperrn. Eine Firma, Krause, Eisenbahnstraße, hat schon vorher Gesellen ausgesperrt. Die Bautischlermeister wollen 25 pSt. aussperrn.

Die „Nachzeitung“ der Tischlermeister berichtet über die Aussperrung, daß bis zum 29. Oktober 12 Firmen in der Ladenauslieferung 113 Gesellen und bis 3. November 198 Arbeiter ausgesperrt haben; insgesamt seien bis zum 3. November 4089 Arbeiter ausgesperrt. Wieviel Unternehmer ausgesperrt haben, gibt die „Nachzeitung“ nicht an. Es würde auch einen zu ungünstigen Eindruck machen, wenn die „Nachzeitung“ selbst angeben müßte, daß nur der vierte

Teil der Meister die Beschlüsse ausgeführt hat. Bis zum Sonnabend, den 5. November, haben sich auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes nur aus zwei Betrieben der Ladenauslieferung ausgesperrte Kollegen gemeldet. Wenn die „Nachzeitung“ 12 Betriebe und 198 Arbeiter angibt, so läßt sich das wohl dadurch erklären, daß die Meister befragt werden, wieviel Leute sie aussperrn werden, und diese Angaben werden dann zusammengestellt und bekannt gegeben. Auf diese Weise ist wohl auch der Bericht des Herrn Mahardt zu stande gekommen, nachdem schon einige Tage nach dem ersten Aussperrungsbeschlusse 2200 Arbeiter entlassen sein sollten. Das wird wohl auch die „Nachzeitung“ nicht glauben, daß sich die Aussperrten nicht auf dem Verbandsbureau melden und somit auf ihre Unterstützung verzichten.

Wenn sich eben nicht mehr Kollegen bei ihren Organisationen melden, so sind auch nicht mehr ausgesperrt, als die Vorstände feststellen haben. Im Anschluß an die Mitteilung von 4089 Aussperrten führt die „Nachzeitung“ eine Firma an, die ihre Zusage nicht gehalten hat. Sie scheint damit bei den Meistern den Eindruck erwecken zu wollen, als wenn außer diesen Meistern alle übrigen ausgesperrt haben!!!

Zur Unterstützung der Berliner Meister beschließen die Fiskalen des Arbeiterschutzbundes in Deutschland Sympathierevolutionen. Eine derselben aus Cassel veröffentlicht Herr Mahardt in der „Nachzeitung“ und behauptet, damit beweisen zu haben, daß die Casseler Meister ihre volle Unterstützung zugesagt haben und nicht, wie der Verband im „Vorwärts“ angebe, daß die Unterstützung abgelehnt sei. Die „Nachzeitung“ erklärt dieses Beispiel als einen schlagenden Beweis, daß den Ausstreunungen der Gegenseite stets und immer das allergrößte Mißtrauen entgegengesetzt werden muß!!!

In ihren Versammlungen erklärten die Aussperrungsleiter, der Holzarbeiterverband sei in sechs Wochen, so etwa bis 15. November befristet. Wenn da der Meister noch nicht zu Ende sei, dann wollten die Meister bis zum Januar aushalten. Trotzdem ist die Stimmung der ausgesperrten Kollegen eine siegesglaublichere. Das Ziel, die Organisation durch Sprengung der Masse zu vernichten, werden die Meister nicht erreichen. Um das zu verhindern, werden die Kollegen kein Opfer scheuen. Sollten die Meister den Kampf noch lange hinzuziehen wollen, dann werden auch die Kollegen noch andere Maßnahmen ergreifen. Um die Aussperrung wirksam zu machen, werden dann eine größere Anzahl ledige Kollegen abreisen. Damit den Streikenden und Aussperrten für recht lange Zeit die Unterstützung gesichert ist, sind die übrigen Kollegen gern gewillt, einen höheren Beitrag zu zahlen. Die Opferbereitschaft der Kollegen wird auch den Sieg herbeiführen.

Lohnbewegung der Berliner Klavierarbeiter.

Wie bekannt, befinden sich die Berliner Klavierarbeiter seit dem 8. Oktober im Streik. Es arbeiten in 38 Fabriken 750 bis 800 Arbeiter zu den neuen Bedingungen. Birta 1400 Arbeiter stehen noch im Streik. Eine nicht unerhebliche Zahl derselben hat in der Tischlerei wieder Beschäftigung gefunden, trotz der Aussperrung der Möbeltischler. Eine Anzahl lediger Kollegen ist abgereist. Die eifrigen Bemühungen der Fabrikanten, Arbeitswillige heranzuziehen, bleiben erfolglos. Von der geplanten Aussperrung in der Berliner Musikinstrumentenindustrie ist bis heute noch nichts zu merken. Am 24. Oktober hatte die Organisation der Fabrikanten wieder Stellung zu dieser Frage genommen und mit 33 gegen 16 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung beschließt mit bedeutender Majorität, 25 pSt. der Arbeiter in den nicht bestreikten Fabriken zu entlassen. Die Ausführungsbestimmungen dieses Beschlusses werden dem Vorstand überlassen.“

Wenn es den Herren vom Vorstand überlassen bleibt, die Aussperrung herbeizuführen, so wird man allerdings noch lange darauf warten können. Gerade diesen Leuten ist eine Aussperrung am unbequemsten.

Wie ungünstig die Situation für die Fabrikanten ist, erfährt man aus ihrem Organ, der „Musikinstrumenten-Zeitung“. Diese wertet und poltert in ausgelassener Weise gegen „die Hezer und Wühler vom Holzarbeiterverband, die den Streik in fritoler Weise heraufbeschworen haben“.

Sie scheut sich auch nicht, ihren Lesern die plumpsten Lügen vorzuführen. Der Zweck heiligt die Mittel. So schreibt sie, indem sie über eine Versammlung der streikenden Klavierarbeiter berichtet:

„Zum Schluß nahm die Versammlung folgenden Antrag an: „Kein Arbeiter darf einzeln in die Fabrik hineingehen, selbst, wenn die Forderungen daselbst bewilligt sind. Nur wenn alle Fabriken die Forderungen unterschrieben zugestanden, ist geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen.“ Hierzu ist zu bemerken, daß keiner der streikenden Klavierarbeiter, welche die betreffende Versammlung besuchten, von einem solchen Antrag etwas gehört hat. Es stände ja auch in tristem Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen. Wie schon oben angedeutet, wird ja schon in 38 Fabriken zu den neuen Bedingungen gearbeitet. Und die Zahl dieser Fabriken wird von Woche zu Woche eine größere. Wenn man auch der Beschluß gefaßt hatte, daß kein Fabrikant mit der Arbeiterorganisation in Unterhandlung treten darf, so finden fortgesetzt zwischen einzelnen Fabrikanten und den Vertretern organisierter Arbeiter Verhandlungen statt. Die Scharfmacher merken jedenfalls selbst schon, daß die Reihen der Fabrikanten zu wanken beginnen. Indem man nun solche Lügenprodukte in die Zeitungen lanciert, will man den wankelmütigen Fabrikanten begreiflich machen, daß es zwecklos sei, wenn sie sich mit ihren Arbeitern einigen; da ja dieselben doch nicht früher anfangen dürften zu arbeiten, bis alle Fabrikanten bewilligt hätten. Die Wache ist nur zu plump; es werden wohl sehr wenige die Schwindelen der „Musikinstrumenten-Zeitung“ für bare Münze nehmen. Die streikenden Arbeiter stehen noch eben so geschlossen und einig zusammen, wie zu Beginn des Kampfes.“

Eine Vorortskonferenz des Holzarbeiterverbandes

fand am Sonntag in Berlin statt. Vertreten waren die Zahlstellen Adlershof, Friedrichshagen, Ober-Schöneweide, Nibdorf, Schöneberg, Steglitz, Lichterfelde, Charlottenburg, Weissensee, Potsdam und Ludenwalde; den Gauvorstand vertraten Stusche und Leopold. Stusche referierte über die Aussperrung der Möbeltischler in Berlin und die Taktik des Holzarbeiterverbandes. Die sich hieran anschließende Berichterstattung der Zahlstellenvorstände über die am Ort streikenden und ausgesperrten Holzarbeiter ergab, daß nur ganz vereinzelt ausgesperrte Holzarbeiter vorhanden sind, die aber in Berlin beschäftigt waren. Die Holzindustriellen und Tischlermeister der Berliner Vororte haben sich nirgends an der Aussperrung beteiligt, obwohl viele den Berliner Unternehmerverbänden angehören. Die Magdorfer Bautischlermeister sind vom Vorstand des Zentralverbandes der Bautischlermeister Berlins und Umgegend durch Birkular aufgefordert worden, Gesellen zu entlassen. Bis jetzt sind sie dieser Aufforderung nicht nachgegeben. In Weissensee ist eine größere Firma (Schirn) aus dem Arbeiterschutzbundverband der Tischlermeister ausgeschlossen worden, weil sie sechs in Berlin ausgesperrte Tischler eingestellt hat. In Ludenwalde streikten die Tischler in drei Betrieben, um die im Frühjahr versprochenen 5 pSt. Lohnaufschlag. Auf das Eingreifen des Gauvorstandes sah sich der Zentralverband des Arbeiterschutzbundes in Berlin heranzieht, den Ludenwalder Meistern die Unterstützung zu verweigern, weil sie als Konkurrenten der Berliner Tischlermeister Akkordpreise bezahlen, die kaum Zweidrittel so hoch sind wie in Berlin.

In der Diskussion wird hauptsächlich über die zur Abwehr der Aussperrung einzuschlagende Taktik gesprochen. Von den Vertretern des Gauvorstandes empfohlenen Verhaltensmaßnahmen finden zulezt allgemeine Zustimmung. Von einer Arbeitsunternehmung bei den Meistern, welche den ausgesperrten Unternehmervereinen angehören, wird Abstand genommen. Beteiligte sind die Unternehmer der Vororte an der Aussperrung, so soll in jedem einzelnen Falle geprüft werden, welche Gegenmaßnahme mit Erfolg angewendet werden können. Im übrigen nehmen die Zahlstellen der Vororte eine abwartende Stellung ein. Abgelehnt werden die Vorschläge, deren Ausführung größere Opfer erfordern, ohne daß für die beteiligten Arbeiter ein Vorteil geschaffen wird. Da nicht abzusehen ist, welchen Umfang die Aussperrung annehmen kann und wie lange ihre Dauer sein wird, sollen die Rassen des Verbandes möglichst geschont werden. Die Arbeitsnachweise und Zahlstellenverwaltungen der Vororte werden bemüht sein, eine Anzahl der in Berlin ausgesperrten Holzarbeiter in Arbeit zu bringen.

Die weiteren Verhandlungen der Konferenz betrafen Verwaltungsangelegenheiten, die nicht von allgemeinem Interesse waren.

Agitation im 10. Gau.

Im Auftrage des Gauvorstandes in Hannover hielt ich vom 10. September bis 8. Oktober im obigen Gau Versammlungen ab. Ueber die hauptsächlichsten Ergebnisse dieser Tour will ich in nachfolgendem berichten:

In Peine begann ich meine Tour mit einer sehr gut besuchten Versammlung am 10. September. Hier wäre es wohl an der Zeit, daß seitens des Gauvorstandes einmal eine Aufbesserung der Lohnverhältnisse vorgenommen würde, damit auch die dortigen gut organisierten Kollegen auf andere Gedanken kommen und nicht in persönlichen Reibereien und Umgehungen der Beschlüsse — Zahlung des Lohnbeitrages von 5 s pro Woche — ihre Aufgaben innerhalb der Organisation erblicken.

Lehrte, wo ich den anderen Tag Vormittags sprach, wies einen mäßigen Besuch auf; daselbst war Nachmittags in der Versammlung in Burgdorf der Fall. Viel Schuld mag daran die gegenwärtig etwas ungünstige Konjunktur tragen, jedoch sollten auch hier die Kollegen etwas mehr Solidarität unter sich selbst üben.

Die Versammlung in Celle war dementsprechend besser besucht; auch ist die Organisation hier eine gute. Immerhin sind aber noch zwei Stuhlfabriken mit 200 Arbeitern zu bezeichnen, wo die Organisation noch nicht Fuß gefaßt hat.

Die gut organisierten Kollegen in Hannover ließen sich trotz des strömenden Regens nicht davon abhalten, einmal einen fremden Redner zu hören und sich an der Debatte über „mehr oder weniger Neutralität innerhalb des Verbandes“ zu beteiligen.

Auch die Versammlung in Nienburg war sehr gut besucht und nahm einen interessanten Verlauf. Dagegen zeigte Minden a. d. W., wo ich den nächsten Tag referierte, ein betrübendes Bild. Von 300 am Ort beschäftigten Holzarbeitern sind nur 30 organisiert. Diese wenigen geben sich anscheinend wohl große Mühe, doch wird der Gauvorsteher föhrend eingreifen müssen.

In Osnaabrück haben die Kollegen, dank ihrer guten Organisation, einige Zugeständnisse von den Arbeitgebern errungen, und war daher auch die Versammlung gut besucht. Goffentlich trägt dieselbe mit dazu bei, daß die Kollegen energisch weiter arbeiten und sich bei gegebener Zeit auch noch das übrige, ihnen diesmal noch versagte, vollends nachholen.

Die Versammlung in Bünde mußte ausfallen, da am Abend vorher plötzlich die Genehmigung zur Abhaltung derselben zurückgezogen wurde.

Einen guten Besuch zeigte Nachmittags die Versammlung in Schilde (ein Vorort von Bielefeld), wo auch die meisten der Mitglieder beschäftigt sind. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn eine Verschmelzung dieser Zahlstellen stattfindet, damit dann gemeinsam einmal eine Aktion behufs Verbesserung der dortigen, ziemlich reduzierten Verhältnisse vorgenommen wird. Daß dies möglichst bald geschieht, dafür bürgte der gute Besuch und rege Geist in der Versammlung in Bielefeld. Zu wünschen wäre nur, daß hier auch die noch entfernt stehenden Möbeltischler dem Vorgehen der übrigen Kollegen sich anschließen möchten, um dadurch die frühere Einigkeit wieder zu bekräftigen, denn gemeinsames Handeln tut auch hier not.

Die Kollegen in Lage in Lippe bewiesen durch ihr zahlreiches Erscheinen in der Versammlung und ihre rege

Anteilnahme an derselben, daß ihr Sinn nicht auf „höheres“, wie die Frage der dazwischen liegenden, gerichtet ist, sondern daß sie zunächst versuchen wollen, ihre allgemeine „Lage“ in Lage zu verbessern; die anwesenden Arbeitgeber schienen wohl anderer Meinung zu sein, da einer derselben, ein Fabrikbesitzer, den andern Tag den Bevollmächtigten der Holzstelle mahregelte. Doch werden sich dadurch die Kollegen nicht entmutigen lassen und sich noch fester zusammenschließen, was sie auch jetzt ohne weiteres können, da sie endlich einmal ein Vokal haben, dessen Wirt nicht so engherzig zu sein scheint.

Es war wie eine ziemlich gut besuchte Versammlung auf. Hier werden noch sehr viel Überstunden bei der aller schlechtesten Bezahlung gemacht, woran aber vor allen Dingen die dortigen älteren Kollegen Schuld sind, da sie sich bisher nicht um eine Organisation kümmerten.

Glücklicherweise hatte zwar einen ziemlich guten Besuch zu verzeichnen, jedoch hätte er bedeutend besser sein können, da gerade dort von anderer Seite alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um unseren Verband zu sprengen; dies bewies auch recht deutlich der am selben Tage anlässlich unserer Versammlung erschienene Leitartikel der „Hilfsarbeiter Zeitung“, der die Sozialdemokratie in Grund und Boden redete und mit den Worten schloß: „Heraus aus den freien Gewerkschaften und hinein in die Christlichen.“

Auch die Versammlung in Dersford hätte besser besucht sein können, da sie wegen des Wanders extra verlegt worden war; jedenfalls hielt der starke Regen viele von dem Reich derer ab. Die Organisation ist hier eine ausgearbeitete.

Ebenso die Versammlung in Garmeln, die trotz sehr guter Bekannmachung sehr schwach besucht war und auch sonst Merkmale zeigte, die nicht freudig stimmen. Der Gewerkschaftsrat hat alle Veranlassung, bald einmal nach dem Rechten zu sehen, zumal hier etwa 200 Holzarbeiter beschäftigt sind, von denen aber nur zwei dem Verband als Mitglieder angehören.

Den Kollegen in Blomberg, die wohl ziemlich vollständig in der Versammlung erschienen waren, möchte ich auch noch einmal zurufen: „Seit einig, ganz Euch nicht und macht nicht freiwillig Überstunden, so werdet Ihr zu der erzwungenen Verkürzung der Arbeitszeit auch bald einen höheren Lohn erlangen!“

In Alfeld ist der Stand der Organisation auch noch ein äußerst trauriger, trotz rühriger Agitation der Verwaltung. Das zeigte sich auch an dem schwachen Besuch der Versammlung. Hier sind von den 600 Holzarbeitern, die fast immer beschäftigt sind, nur etwa 40 organisiert. Von 400 Arbeitern, die in der dortigen Leistenfabrik tätig sind, gehören auch nur zwei dem Verbande an. Dasselbe ist von einigen anderen Betrieben zu sagen, daher sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse an diesem Ort noch als „recht erbärmlich“ zu bezeichnen.

Etwas, aber nicht viel besser ist es in Göttingen, wo auch nur gegen 60 Kollegen in der Versammlung erschienen waren. Hier herrscht noch ein gewisses patriarchalisches Verhältnis, da das Kleinhandwerk hier noch sein Domizil hat.

Am besten besucht war die Versammlung in Cassel. Die Kollegen bewiesen auch in derselben, daß die 80 Wochen Kampf sie durchaus nicht müde gemacht, und daß sie keinen Anlaß haben, einen neuen Kampf mit dem Gegner zu scheuen.

In Münden fand eine allgemeine, vom Kartell einberufene Gewerkschaftsversammlung statt, die zwar gut besucht war, jedoch nur nicht von Holzarbeitern; dabei sind auch hier die Lebensbedingungen mehr als verbesserungsbedürftig. Bei zehnstündiger Arbeitszeit 15 bis 20 3 Stundenlohn.

Buchstäblich verregnet ist die letzte Versammlung in dem schön gelegenen Disterode i. Harz. Zudem sind die dortigen Kollegen meist kleine Grundbesitzer, die deshalb keine Zeit haben, eine Versammlung zu besuchen.

Von den zur Wahl gestandenen Thematias wurden „Der Wert der menschlichen Arbeitskraft“ fünfmal, „Der Kampf um tägliche Brot“ einmal, „Unternehmerorganisation und Arbeiter“ dreimal, „Unsere Pflichten gegenüber Staat und Familie“ zwölfmal und „Die Folgen der wirtschaftlichen Revolution“ zweimal gewünscht.

Zum Schluß möchte ich noch konstatieren, daß die Bekannmachung und Agitation zu den Versammlungen fast durchweg sehr gut war und die Verwaltungen überall das Bestreben hatten, selbige so interessant wie nur möglich zu gestalten. Ferner machte ich die angenehme Beobachtung, daß fast jede Zahlstelle, auch die kleinste, ihren Arbeitsnachweis hat und dieselben meist gut funktionieren. Dagegen fiel mir der Umstand auf, daß in den meisten Orten, mit wenig Ausnahmen, den Kollegen genügend schöne Lokale zur Verfügung stehen, nur wird der Wert derselben vielfach nicht erkannt; wir „Schleifinger“ wissen dies besser zu schätzen. Was den Erfolg der Tour anbelangt, so wurden wohl in den meisten Versammlungen Aufnahmen gemacht, jedoch waren dieselben verhältnismäßig gering, da nur zum Teil die Mitglieder anwesend waren. Aber auch bei diesen dürften die Versammlungen mit dazu beigetragen haben, daß sie an Festigkeit und Selbstbewußtsein innerhalb des Verbandes gewinnen. Viel ist im 10. Gau schon getan worden, aber wie die Zahlen beweisen, bleibe auch für die Zukunft noch ein gutes Stück Arbeit zu tun übrig.

C. Scholtz, Breslau.

Rundschau.

Eine Arbeiternachweiskonferenz der Scharmacher tagte am 16. September in Bernigerode. Generalsekretär Dr. Kubio vom bayerischen Industriellenverband sprach über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und ihren Zusammenhang mit der Sozialdemokratie, E. Hieslow, Schriftführer des Verbandes der Eisenindustrie in Hamburg, über „Unser Arbeiternachweissystem und die Streiks des letzten Jahres“, Oberbeck, Schriftführer des Verbandes der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden, über die einheitliche Lehrverträge, Dr. Kreuzbauer, Syndikus des Verbandes Dortmunder Bierbrauer und des Verbandes rheinisch-westfälischer Bierbrauer, über Arbeits- und Lohnverhältnisse im Brauereigewerbe, Dr. Kubio, Redakteur der Deutschen Arbeitgeber-

zeitung, über Tarifgemeinschaften, und Freiherr von Reisswig, Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes in Hamburg, über die Organisation des Unternehmertums und die Streikversicherung. Zum Orte der nächsten Konferenz wurde Bremen gewählt.

Man braucht bloß die Referenten anzusehen, um zu wissen, welche Weisen in Bernigerode von diesen Kulis der industriellen Scharmachervereinigungen gesungen wurden.

Die Mittelstandspartei, die auf dem Tischleritag in Braunschweig und auf dem Handwerkeritag in Magdeburg projiziert worden ist, ist nunmehr am 28. Oktober in Hannover gegründet worden. Es waren die bedeutendsten Handwerkerverbände erschienen, um an dem Wechselbalg Patente zu versehen. Natürlich war auch Max Hartmann mit seinem ganzen Gefolge, den Herrn Mitsch, Neumann, nicht er tutti quanti.

Die Mittelstandspartei ist schon oft gegründet worden, aber stets Nüchtern ins Wasser gefallen. So wird es auch jetzt gehen. Es ist eben noch keine Medizin erfunden, die tote wieder lebendig macht.

Unternehmer-Einigkeit. In einer in Düsseldorf abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins rheinisch-westfälischer Buchdruckerbesitzer (Eig. Glin) wurde einstimmig der Wiederanschluß an den Deutschen Buchdruckerverein in Leipzig beschlossen. Die Herren Unternehmer aus Rheinland-Westfalen haben sich anfangs der neunziger Jahre einen Sondertarif geleistet und sich von der allgemeinen Unternehmer-Organisation abgespalten. Dieser Absplittung ist also jetzt wieder ein Ende gemacht worden, nachdem schon der neue Buchdrucker Tarif fast allgemein anerkannt worden war. In der Düsseldorfer Versammlung wurde als Vorsitzender des Kreises II des Deutschen Buchdruckervereins (Rheinland-Westfalen) Herr J. W. Helmman (Glin) einstimmig wiedergewählt und dann ebenso als acht Mitglieder des Vorstandes die Herren: Heinrich Otto (J. W. Kleinsche Buchdruckerei, Grefeld), Geheimrat Kommerzienrat August Bagel (A. Bagel, Düsseldorf), Karl Kramer (Kramer & Baum, Grefeld), Otto Grüttersen (M. Martini & Grüttersen, Elberfeld), Alfred Reben (M. Du Mont-Schauberg, Glin), Lambert Lenfing (Gebr. Lenfing, Dortmund), E. Griebich (Emil Griebich, Hamm).

Einträchtig zusammen sitzen im Vorlande liberale und liberale Zeitungverleger und wahren gemeinsam ihre wirtschaftlichen Interessen. Und wie im Vorlande, so im ganzen Verein. Nirgends konfessionelle oder politische Streligkeiten, nirgends auch ein Versuch von außen, diese Unternehmer-Einigkeit zu führen. Die Arbeiter aber, das ist was anderes! Die müssen getrennt, auseinandergerissen und geschwächt werden, bisweilen es das politische Interesse des Zentrums und die liberale Herrschaft so verlangen.

„Tarifwidrigkeit“ in sozialdemokratischen Parteidruckereien. Die „Deutsche Buchdrucker-Zeitung“, Organ der Prinzipale — hat eine neue Art Tarifwidrigkeit in sozialdemokratischen Betrieben festgestellt. Sie schreibt:

„Die Einführung einer effektiv achtstündigen Arbeitszeit würden wir so lange für tarifwidrig halten, als sie nicht im Tarifabschlusse in legaler Weise beschlossen ist. Ist es keinem Anhänger der Tarifgemeinschaft gestattet, gegenwärtig länger als neun Stunden arbeiten zu lassen oder zu arbeiten, so sollte auch niemandem erlaubt sein, eine längere Arbeitszeit einzuführen oder innezuhalten. Die Tarifbestimmungen sind dazu da, daß sie gewissenhaft befolgt werden, und zwar von jedem nach dem Wortlaut unseres uns selbst gegebenen Gesetzes; auch sozialdemokratische Buchdruckereien können hiervon keine wie immer geartete Ausnahme machen. Wir hoffen, daß das Tarifamt im gegebenen Falle seine Parität beweisen wird.“

Na, solche Tarifwidrigkeiten lassen sich die Buchdruckergehilfen zweifellos gern gefallen. Nach der „Logik“ des Unternehmertums dürfte dann schließlich auch nicht mehr als das Minimum an Lohn gezahlt werden.

Ein Lob der Arbeiter. Der babische Fabrikinspektor Dr. Fuchs weist in einem Berichte an die Regierung in Beantwortung einer bestimmten Frage darauf hin, daß die Arbeiter auf dem Lande (in der weiteren Umgebung von Karlruhe) eifrige Zeitungsläser seien und daß von einer politischen Gleichgültigkeit der ländlichen Industriearbeiter heute nicht mehr gesprochen werden kann. „Die Zeitungsläser“, so fährt er fort, „ist zur Zeit das hauptsächlichste Mittel zur intellektuellen Fortbildung dieser Klasse von Arbeitern; die Bedeutung der Presse für den Kulturfortschritt kann kaum hoch genug eingeschlagen werden.“



Bekanntmachungen des Vorstandes.

Wir erinnern nochmals daran, daß alle Sendungen an den Verbandsvorstand an unsere jetzige Adresse, Stuttgart, Adlerstr. 43, zu richten sind.

Den nachbenannten Zahlstellen wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. November d. J. den angegebenen Vokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Delmenhorst 15 & pro Woche, Bamberg, Burg, Embden und Briesen je 6 & pro Woche, Stolpen und Zerbst je 10 & pro Monat.

Diejenigen Zahlstellen (insbesondere mit größerer Mitgliederzahl), welche am 1. Januar 1905 einer neuen Mitgliederliste bedürfen, ersuchen wir, dieselbe bis zum 1. Dezember d. J. bei uns zu bestellen.

Der Verkauf des Almanach für das Jahr 1905 hat in dieser Woche begonnen. Bis alle bestellten Sendungen

erpediert sind, vergehen jedoch mehrere Wochen, was wir besonders diejenigen Zahlstellen zu beachten bitten, welche seither schon Reklamationen eingefandt haben.

Auf Grund mehrfacher Beschwerden, machen wir die Zahlstellenkassierer hierdurch zum wiederholten Male darauf aufmerksam, daß es unzulässig ist, für abhanden gekommene Mitgliederbücher, namentlich an reisende Kollegen, irgend eine Bescheinigung auszustellen. Vor allen Dingen aber ist es nicht gestattet, Unterstützungen auf solche Bescheinigungen auszusuchen. Wer angibt, sein Mitgliedsbuch verloren zu haben, ist wegen Ausfertigung eines Ersatzbuches an den Verbandsvorstand zu verweisen.

Nachstehende Mitgliederbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 44592 August Walle, Tischler, geb. 8. 2. 89 zu Breslau.
- 68548 Wilhelm Bodholdt, Schreiner, geb. 21. 5. 63 zu Carlou.
- 80784 Karl Just, Drechsler, geb. 15. 6. 71 zu Tiefengruben.
- 80984 Louis Erdberger, Schreiner, geb. 7. 8. 77 zu Dornsbord.
- 101578 Karl Neumann, Stellmacher, geb. 29. 4. 78 zu Stolp.
- 164116 Alfons Weihenberger, Schreiner, geb. 10. 12. 89 zu Malbach.
- 162082 Ewald Klemm, Tischler, geb. 23. 7. 89 zu Geringswalde.
- 169908 Robert Wiesemann, Schreiner, geb. 30. 6. 67 zu Ertrah.
- 180418 Heinrich Hofmann, Schreiner, geb. 25. 4. 86 zu Ghlhalten.
- 195867 Emil Sperlich, Schreiner, geb. 10. 2. 84 zu Greulich.
- 204564 Gottlob Kleinfelder, Schreiner, geb. 28. 7. 81 zu Nintlingen.
- 211435 Wilhelm Klinkhammer, Schreiner, geb. 5. 9. 89 zu Bistig.
- 238808 Adolf Windrich, Tischler, geb. 17. 1. 85 zu Mergsdorf.

Stuttgart, den 5. November 1904.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

- Robert Selbt, geb. 3. 11. 60 zu Zittau, gest. 2. 11. 04 zu Meilen.
- Heil Amand, Schreiner, geb. 2. 9. 63 zu Magdlos, gest. 28. 10. 04 zu Frankfurt a. M.
- Johann Bayerhöfner, Modellschreiner, geb. 15. 4. 70 zu Bayreuth, gest. 17. 10. 04 zu Nürnberg.
- Friedr. Scheffler, geb. 6. 2. 69 zu Mühlberg a. d. Elbe, gest. 25. 10. 04 zu Gellenburg.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Würgel i. Th. Wohl ist unser Ort keiner von denjenigen, dessen Name des öfteren in unserer Zeitung prangt, aber man glaube deshalb nicht, daß hier Rosen ohne Dornen blühen. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurden verschiedene Mißstände in den Betrieben aufgedeckt. Gegenwärtig zählt unsere Zahlstelle 150 Mitglieder, welche ausschließlich Stodarbeiter sind. Durch die Aufbarmachung der Maschinen in dieser Branche haben auch hier sich einige Großbetriebe im Laufe der Zeit entwickelt. Durch anhaltende günstige Geschäftskonjunktur und auf Grund eines guten alten Bestandes erfahrener Arbeiter ist die Zunahme unserer Organisation im Laufe der letzten Jahre so enorm in die Höhe gegangen. So manchen Fortschritt konnte sich dieserhalb die gut disziplinierte Organisation zu nütze machen. Daß aber noch vieles anders sein könnte, wenn die Kollegen immer auf dem Posten wären, das lehrte die lebhafteste Aussprache der letzten Versammlung. Von Seiten der Werkstätte von Otto Göbner wurde über das Verhalten des Meisters, welcher auch Verbandsmitglied ist, lebhaft Klage geführt, sowie das Auftreten des Herrn Göbner der Lohnkommission gegenüber einer scharfen Kritik unterzogen. Auch in der Fabrik von Neuschäfer herrschen dieselben Uebelstände. Laut Beschluß der Versammlung hielten beide Werkstätten Versammlungen ab, um zur Beseitigung dieser Mißstände Stellung zu nehmen. In einer von 76 Kollegen besuchten Versammlung von der Werkstätte Göbner nahm man nach reger Aussprache eine Resolution an, welche den Ausschluß des Meisters aus dem Verbands verlangte. Dieselbe soll der nächsten Verbandsversammlung unterbreitet werden. Bezüglich der Behandlung der Lohnkommission durch Herrn Göbner soll letzterem ein von dem gesamten Arbeitspersonal unterzeichnetes Schriftstück zugehen, worin eine anständige Verhandlungsweise gefordert wird. Nicht derselbe Zug und das Interesse herrschen leber unter den Kollegen in der Neuschäferschen Werkstätte. Trotdem sie dieselben Klagen und Beschwerden haben, wie die bei Göbner, war nicht einmal die Hälfte der dort beschäftigten Kollegen zu der Werkstättenversammlung erschienen. Man konnte nicht einmal verhandeln. Kollegen, wo soll das hinführen? Habt Ihr denn noch nicht begriffen, daß Ihr so manches Uebel beseitigen könnt, wenn Ihr nur wollt, indem Ihr geschlossen vorgeht. Schreibt Ihr es so fort, so werdet Ihr es bald am eigenen Leibe verspüren, daß so manch kleines Uebel dann nicht mehr auszurotten ist. Um eine genaue Kontrolle über den Arbeitsmarkt am Orte zu ermöglichen, beabsichtigt die hiesige Zahlstelle, einen Arbeitsnachweis einzurichten. Es ist in letzter Zeit ein Angebot von Arbeitskräften durch Inserieren in unserem Organ in dem Maße gestiegen, daß ohne genügende Kontrolle unsererseits dies nicht für unsere Zahlstelle fördernd wirkt.

Gutha. Die Arbeiter in der Gothaer Waggonfabrik besitzen in der Person des Herrn Direktors Kant einen Agitator, wie so leicht kein zweiter zu finden ist. Derselbe versteht es aus dem ff, in die gewerkschaftlichen Ver-

Kollegen die Lehre, welche ihnen dadurch gegeben wird, beherzigen und stets so geschlossen dastehen, wie bei der jetzigen Lohnbewegung.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Der christliche Holzarbeiterverband ist in der Agitation außerordentlich rührig. Er hat im laufenden Jahre bereits in folgenden Orten neue Zahlstellen gegründet: Arnberg, Ahlen, Ahreiter, Amberg, Baugen, Borghorst, Bennisg, Gertz, Dresden, Dären, Frankenstein, Friedrichshafen, Hirsheim, M. Glabach, Gewau, Oberglogau, Haspe, Hanau, Hulsum, Homburg v. d. Höhe, Heidelberg, Hildesheim, Helmstedt, Immenstadt, Kalk, Kevelaer, Kempen, Kibinghausen, Langgeis, Ludwigsbach, Meheim, Rath bei Düsselhof, Spalingen, Schwandorf, Sorjum, Speher, Schramberg, St. Johann, Tuitlingen, Willingen, Biersen, Witten, Werden a. d. Ruhr, Wangen, Zwellfau.

Das sind 45 Zahlstellen. Handelt es sich auch meist nur um recht bescheidene Mitgliedschaften, so ist doch nicht zu verkennen, daß dieses bisherige Ergebnis ihrer Agitationsstätigkeit den Mitgliedern des christlichen Holzarbeiterverbandes immerhin ein gutes Zeugnis ausstellt. Nur in 19 der vom christlichen Holzarbeiterverband neu okkupierten Orte verfügt unser Verband über Zahlstellen; wir haben dieselben im Druck herborgehoben.

Uebrigens läßt sich der christliche Holzarbeiterverband keine Mühe und keine Kosten verbrießen, um agitatorische Erfolge zu erzielen. So sind am 1. Oktober erst wieder drei Agitatoren angestellt worden, und zwar der Kollege Karl Jensen-Dortmund bei der Zentralstelle, Philipp Steidem-Düsselhof für den rheinischen Bezirk mit dem Sitz in Düsseldorf und der Kollege Heinrich Böhmke für den westfälischen Bezirk mit dem Sitz in Bochum. Diese neuen Beamten des christlichen Holzarbeiterverbandes sind natürlich vorher längere Zeit auf der hohen Schule in M. Glabach gewesen, um dort die nötige Aufklärung über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und ihrer Beamten im besonderen zu erhalten.

In seiner vorletzten Nummer berichtet der christliche „Holzarbeiter“, daß der christliche Holzarbeiterverband in Köln, Mülheim und Kalk im letzten Jahre über 100 pSt. an Mitgliedern gewonnen habe und daß er dort zur Zeit 700 Mitglieder zähle. Gewiß ein schönes Ergebnis! Wenn der christliche „Holzarbeiter“ dasselbe aber als besten Beweis dafür gelten läßt, daß die Kölner Holzarbeiter sich für die christliche Organisation und ihre recht zweifelhafte Taktik erklärt hätten, so irt er ganz gewaltig. Denn wenn wir nach den zahlenmäßigen Erfolgen urteilen wollen, so haben sich die Kölner Holzarbeiter in ihrer überwiegenden Majorität auf seinen unferen Verbandes gestellt. Das beweist folgende Aufmachung. Es hatten Mitglieder die Zahlstelle:

	Am Jahres- schluß 1903	Oktober 1904
Köln	767	1400
Köln-Ehrenfeld	62	130
Mülheim a. Rh.	74	120
Kalk	50	100
	953	1750

Danach verfügte unser Verband im Oktober dieses Jahres in Köln und Umgegend über mehr als 1700 Mitglieder, 800 mehr als am Jahreschluß 1903, während der christliche Holzarbeiterverband, dem überdies noch Lazareter und Zimmerer in größerer Zahl als Mitglieder angehören, nur über 700 Mitglieder, 350 mehr als am Jahreschluß 1903 verfügt. Wenn der christliche „Holzarbeiter“ mit diesem Ergebnis zufrieden ist, uns soll es recht sein. Es heißt das aber nach seiner eigenen Beweisführung nichts anderes, als daß die Kölner Holzarbeiter ein vernünftiges Urteil über den christlichen Holzarbeiterverband ausgesprochen haben.

Nicht daß wir mit dem Erfolg in Köln ganz zufrieden sind! Zufrieden können wir nur dann sein, wenn der christliche Verband von der Bildfläche verschwindet, und wenn der letzte Holzarbeiter, auch in Köln, dem deutschen Holzarbeiterverband zugeführt ist. Die christlichen Verrätereien lassen in dieser Hinsicht auch für die Zukunft aber das Beste hoffen.

Ueber eine Geldentart christlicher Holzarbeiterverbändler berichtet der Buchdrucker-Correspondent: In der Ortskrankenkasse in Wanne i. W. haben nämlich die christlichen Vertreter, die sich in der Mehrheit befanden, einen vom Vorstand gestellten Antrag, nur in tariffreien Zeitungen zu inserieren, abgelehnt. Im Buchdrucker-Correspondent gibt nun der Faktor Schneider aus Wanne, selbst Zentrumsmann, aber freier Gewerkschaftler, eine ausführliche Darlegung des Sachverhalts, die die sozialpolitische Rückständigkeit dieser Christlichen in noch schlimmerem Licht erscheinen läßt. Mit den tarifmäßigen Verhältnissen beim Wanner „Generalanzeiger“ haben sich im Laufe des Jahres zwei Volksversammlungen beschäftigt, und das darin gegen die Druckerei des Blattes vorgebrachte Material ist auch zur Kenntnis des christlichen Führers in der Ortskrankenkasse, eines christlich organisierten Holzarbeiters Schick, gekommen. Aber alles hat nichts genutzt. Herr Schneider, übrigens zweiter Vorsitzender der Ortskrankenkasse, berichtet über die Behandlung des Antrages:

Für den Antrag, den „Generalanzeiger“ wieder zur Infektion zuzulassen, stimmten acht Mann, darunter alle aus den christlichen Gewerkschaften hervorgegangenen Vertreter; dagegen stimmten fünf Vertreter. Unter letzteren befand sich der einzige antwortende Arbeitgebervertreter. Letzterer hatte, zur Schande der Schick und Genossen sei es gesagt, anscheinend etwas mehr sozialpolitische Einsicht. Der paritätische Antrag Schneiders, zur Publikation nur die „Emscher Zeitung“ (natl. in Gelsenkirchen, „Volksblatt“ (sozialb.) in Bochum und „Wesendischer Herald“ (Zentr.) in Wanne zu benutzen, warderte durch das sozial vorwärtsflutende Verständnis bezw. Nachwort der christlich organisierten ebenfalls in den Orkus. Welche Früchte der Schicksche Fanatismus zeigte, beweisen u. a. die demselben entchlüpften, recht bezeichnenden Worte

im Verlaufe der Versammlungspolemik mit Schneider: „... Ich habe auch Vorbet (Schneiders Prinzipal) erklärt, daß, solange Sie diesen Schneider in seiner einflussreichen Stellung in Ihrem Betriebe haben, Sie von unserer Seite (des christlichen Holzarbeiterverbandes bezw. christlichen Gewerkschafts-Lartells) keine geschäftliche Unterstützung zu erwarten haben.“ Was der organisierte „christliche“ Arbeiter mit diesen Worten sagen will und wollte, ist für jeden Menschen mit gesunden fünf Sinnen klar.

Nun können sie paradiere, die Herren Schick und Genossen, mit ihrer praktischen Sozialpolitik; zur Blamage wird der Spott wohl nicht lange auf sich warten lassen. Die freiorganisierten Arbeiter wissen aber jetzt, woran sie sind, und das ist mitunter viel, recht viel wert! Nach der Abstimmung legte Schneider seine Funktion als Vorsitzender nieder. Wer könnte es auch mit seiner persönlichen Ehre und mit seinem Charakter vereinbaren, als organisierter Arbeiter vor einer so sozialpolitisch rückständigen Gesellschaft, die auch organisiert sein will, zu präsidieren. Sich und dem Ansehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung haben die Herren Schick, Heimüller und Genossen einen sonderbaren Dienst erwiesen. Die Willen, die noch kommen, sind bitter, aber sie müssen von den Herren verschluckt werden. Herr Schick mag nun noch einmal so viel schimpfen, anstochzen und trafeelen wie sonst, das nimmt ihn kein Eingeweichtes trumm, atmet seine Brust doch allzu nahe die Essener Luft; aber unser gutes Recht ist, die Heldentaten derartig konstruierter „organisierter“ Arbeiter tiefer zu denken. Der 11. Oktober brachte kein Ruhmesblatt für den christlichen Holzarbeiterverband!

Die Tischlermeister und die Presse. Die Aufsehen erregende Behandlung der Vertreter der Presse, wie sie tiefen von dem Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes deutscher Tischler und Holzindustrieller gelegentlich der Generalversammlung des Verbandes zu teil wurde, hat zu einem Nachspiel vor dem Schöffengericht geführt. Bekanntlich gebrauchte Herr Schöning-Berlin, der Vorsitzende des Verbandes, wegen der Berichterstattung gegenüber den Berichterstattern Ausdrücke, wie: Unverschämtheit, Frechheit, Dummheit, Rausschmeißen der Kerle usw. Die antwortenden Vertreter der Presse verließen natürlich sofort den Saal. Einer von den Beleidigten, Redakteur Reigner von der „Braunschw. Landeszeitung“, stellte Strafantrag wegen Beleidigung, und das Schöffengericht beschäftigte sich mit der Sache. Bei seiner Vernehmung bestritt der Angeklagte, die Äußerungen gemacht zu haben. Er habe bei den Erörterungen über die Fortbildungsschulen die Vertreter der Presse erjucht, über Dinge, die nicht in die Öffentlichkeit sollten, nicht zu berichten. Es habe sich um Verhandlungen gehandelt, in denen gesagt sei, es gäbe Meister, die den Lehrlingen nichts Ordentliches lernten, so daß dies die Fachämtern ausgleichen müßten. Da sein Wunsch nicht berücksichtigt sei, sei er an den Tisch der Presse gegangen und habe gesagt: „Meine Herren, das ist ein Unrecht.“ Auf eine Frage des Anwalts vom Kläger bemerkte der Angeklagte, er habe den Vorstoß im Verbands niedergelegt, um den Handwerkerstand nicht noch mehr zu schädigen. Er sei aber zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden.

Als Zeuge bekundet Redakteur Mumm, daß die Äußerungen: „Unverschämtheit! Frechheit! Dummheit! Rausschmeißen der Kerle!“ gebraucht seien. Sekretär Wolsdorf bekundet als Zeuge, auch er habe um Distinktion gebeten, denn er habe sich gesagt, kluge Journalisten werden die Verhandlungen über die Fortbildungsschule ausnützen. (Ein famoseres Geständnis! Red.) Redakteur Haubold war an dem Tage, an dem der Vorfall passierte, nicht anwesend, bekundet aber, daß von Kulanz gegenüber den Vertretern der Presse auch sonst keine Rede hätte sein können.

Schließlich kommt eine Einigung dahingehend zu stande, daß der Angeklagte die etwa M 400 betragenden Kosten bezahlt und die etwa getane Beleidigung zurücknimmt. Der Redakteur Mumm verpflichtet sich in dem Vergleich, keinen Strafantrag stellen zu wollen.

Achtung, Korbmacher! Die Kollegen werden erjucht, bei Arbeitsangeboten von Brandenburg a. d. S. etwas vorsichtiger zu sein. Die Firma Adolf Schmidt, Rohrmöbelfabrik, sucht durch Inserieren in den Fachblättern häufig Gestellarbeiter oder solche, die diese Arbeit erlernen wollen. In letzter Zeit sind mandem Kollegen arge Enttäuschungen bereitet worden. Erstens können nur tüchtige Arbeiter auf den Lohn kommen, und zum andern müssen die Kollegen, wenn es mit den Bestellungen nicht so klappt wie es sein sollte, den Wübel schmeißen. Erst vorige Woche wurden fünf Kollegen wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassen. Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, werden erjucht, sich vorher bei der Lokalverwaltung zu melden.

Korbmacher, Achtung! Einem Unternehmer, wie es der Korbwarenfabrikant Eduard Röbler aus Rudamantel in Böhmen ist, sollten die Korbmacher in weitem Vogen ausweichen, weil ein solcher seine Arbeiter gar „vorzüglich“ behandelt und entlohnt, wie aus Nachstehendem ersichtlich ist. Dieser Herr lockt aus Deutschland Korbmacher unter allerlei guten Versprechungen her; er beschäftigt einen sogenannten Werkführer und einen bis zwei Gehülfen, in seinem Hause zu wohnen. Für einen Vorstoß, den er gibt, nimmt er sogar Zinsen, nötigt den aus weiter Ferne hergelockten Arbeiter einen Vertrag auf, worin es heißt, daß die Möbel gepflanzt werden können, und macht somit den Arbeiter zu seinem willenlosen Werkzeug, was sich in Lohnreduzierungen, mangelhafter Abrechnung und sonstiger liebevoller Behandlung kundgibt. — Der Mann ist selbstverständlich ein Deutschnationaler. — Die angeführte Tatsache bedarf wohl keines Kommentars, es spricht für den „humanen“ Sinn des Fabrikanten Röbler. Korbmacher, die sich vor Schaden bewahren wollen, mögen fortbleiben.

Gewerkschaftliches.

Eine etwas naive Behörde ist die Berliner Steuerdeputation. Sie hat, weil ein am Rößelstickerstreik beteiligter Arbeiter für das letzte Quartal mit M 8 Steuern im Rück-

stande ist, an die Hauptverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart ein Zahlungsverbot erlassen und will sich für die rückständigen Steuern und die Kosten an die — Streikunterstützung halten. Dabei übersieht sie jedenfalls, daß alle Gewerkschaften auf solche Eventualitäten vorbereitet sind und den Passus in ihrem Statut haben, daß dem Mitglied kein klagerbarer Anspruch an die Verbandsleistungen zusteht, sondern deren Leistungen freiwillige sind. Das wäre so ein gefundenes Freispielen für die unterschiedlichen Behörden usw., wenn sie sich an dem Vermögen der Gewerkschaften schablos halten könnten. Da heißt es aber: Hand weg!

Ueber Taktik bei Aussperrungen bringt der „Vorwärts“ folgende beachtenswerte Winke:

Das letzte Jahr ist ganz außerordentlich reich an Aussperrungen. Die Unternehmer fast aller Branchen haben in ihren Organisationen sich für die Taktik festgelegt, auf Forderungen der Arbeiter immer und überall mit Aussperrungen zu antworten. Mit Hilfe dieser Aussperrungen glaubt man die Kräfte der Arbeiterorganisationen sprengen zu können. Diesen Zweck der Aussperrung muß man im Auge behalten, wenn man zu einer klaren Antwort über die Frage kommen will, welche Taktik Aussperrungen gegenüber angebracht ist.

Die Unternehmer sperren nicht alle Arbeiter zu gleicher Zeit aus; sie wollen den Arbeiterorganisationen schaden, aber sie wollen sich selbst schonen. Deswegen greifen sie zu der Prozent-Aussperrung, die ihnen ermöglicht, den Arbeiterorganisationen eine größere Zahl Unterstützungsbedürftiger aufzubehalten, ihre dringlichsten Arbeiten aber zu erledigen. Beide Momente müssen die Arbeiter bei ihrem Gegen-schlag berücksichtigen.

Nun ist vorgeschlagen worden, auf eine Prozentual-Aussperrung mit einem allgemeinen Streik zu antworten. Haben die Unternehmer — wie beispielsweise die Berliner Holzindustriellen — ihre Aussperrungen längerhand vorbereitet, dann haben sie sie auch sicher entweder in die tote Saison verlegt oder aber ein großes Lager angelegt, um leichter über die Zeit der Aussperrung hinwegkommen zu können. In solcher Situation wäre ein allgemeiner Streik töricht; in ihr ist es angebrachter, mit den Unterstützungsmitteln hauszuhalten, um die Dauer des Kampfes bis in die neue Saison hineinzuziehen. Ein Streik ist nur wirkungsvoll in der Zeit der Hochkonjunktur und drängender Arbeit. Wird er zur Unzeit unternommen, dann besorgt man die Geschäfte des Unternehmertums, indem man die Kräfte der Organisation zwecklos leert.

Andera ist die Frage, ob man nicht in einer Reihe von Einzelbetrieben an eine Lahmlegung der Produktion denken kann. Auch in der toten Saison wird es Betriebe geben, die drängende Aufträge haben und keine Lagerarbeit herstellen. Werden diese zur Einstellung statt zur Einschränkung der Produktion gezwungen, so wird man sie entweder zur Zurücknahme der Aussperrung und zur Bewilligung der Arbeiterforderungen geneigt machen können oder ihnen, wenn sie sich von der allgemeinen Taktik der Unternehmer nicht ausschließen wollen, die Aussperrung derart erleiden, daß sie in den Unternehmerversammlungen ihre Stimme dagegen erheben.

Jeder allgemeine Streik als Antwort auf eine Aussperrung schiebet die Unternehmer zusammen und kostet den Arbeitern ungeheure Summen.

Einzelstreiks in mit Takt und Sachkenntnis ausgewählten Betrieben verursachen nur geringe Kosten und wirken zerstörend auf die Geschlossenheit der Unternehmeraktionen.

Die Arbeiter müssen sich selbst schonen und den Unternehmern schaden!

Der bekannte Musterchrift August Brust, Vorsitzender des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins, hat sein Amt niedergelegt. Brust ist im Nebenamt auch preußischer ultramontaner Dreiklassen-Abgeordneter. Mit Recht hat man ihn den Organisator der Niederlagen genannt. Aber eins konnte ihm niemand absprechen: im Schimpfen und Erfinden neuer Kraftausdrücke war ihm niemand über. Den letzten Stoß dürfte ihm der Ausfall der letzten Knappschaftswahlen gegeben haben. Am vorigen Sonntag hat eine Sitzung des Ehrenrats und des Gesamtvorstandes des Gewerksvereins in Essen getagt. Nach dreizehnstündiger Verhandlung legte er dann sein Amt nieder. Brust, der früher gewaltig auf die Agitatoren schimpfte, „die von Arbeitergroßen leben“, war selbst wohl der bestbezahlteste Gewerkschaftsbeamte. Er bezog M 250 Gehalt und M 80 Repräsentationsgelder. Außerdem hatte er noch seine Diäten als Landtagsabgeordneter. Ob seine Abtätigung eine endgültige ist, läßt sich jetzt noch nicht sagen.

Christliche Solidarität. In der „Münchener Post“ lesen wir: Welche Vorsicht man walten lassen muß, wenn man mit christlich organisierten Arbeitern gemeinsam auf wirtschaftlichem Gebiete vorgehen will, beweist wieder folgender Fall. Bei einer Bewegung der Glasergehülfen in Wamberg wurde die 58 stündige Arbeitszeit und ein mehrprozentiger Lohnzuschlag erzielt. Eine der in Betracht kommenden Firmen beschäftigt einige Glasergehülfen, die Mehrzahl ihrer Arbeiter besteht aber aus Schreineren, von denen zwölf dem Deutschen Holzarbeiterverbande und drei dem christlichen Holzarbeiterverbande angehören. Die Ortsverwaltung der Glaser stellte nun an den Deutschen Holzarbeiterverband den Antrag, dahin zu wirken, daß bei der betreffenden Firma die gleiche Arbeitszeit und der gleiche Lohnzuschlag bewilligt werde, wie bei den übrigen Glaserfirmen. Es wurde in dieser Angelegenheit eine Werkstätterversammlung abgehalten, in der die bei der Firma herrschenden Verhältnisse ausführlich besprochen wurden. Um Maßregelungen zu verhüten, wurde den Teilnehmern Schweigen auferlegt, aber am nächsten Tage wachte der Unternehmer jedes Wort, das über ihn in der Versammlung gesprochen worden war. Als der Zuträger wurde ein großes Licht der christlichen Gewerkschaftsorganisation und früheren Vorsitzender des christlichen Holzarbeiterverbandes, Albert, entlarvt!

